

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

41. Sitzung
27. Juni 2024

Beginn: 14.07 Uhr
Schluss: 17.17 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

a) **Aktuelle Viertelstunde**

Roman Simon (CDU) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage seiner Fraktion:

„In der vergangenen Woche veröffentlichte die Senatsverwaltung für Bildung einen Aufnahmestopp für den Berliner Notdienst. Was hat es mit diesem Aufnahmestopp auf sich?“

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) stellt klar, der Belegungsstopp gelte nicht für die originären Aufgaben des Berliner Notdienstes. Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen in der Nacht, am Wochenende oder an Feiertagen durch Polizei, nach Hausbesuchen, bei Gefährdungseinschätzung oder, wenn keine Meldeadresse vorliege, seien weiterhin gewährleistet. In letzter Zeit würden verstärkt Kinder und Jugendliche, die bereits einen vom Jugendamt zugewiesenen und finanzierten Platz mit Personal in einer Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung hätten, in den Notdienst entlassen. Dieses Verfahren sei nicht gangbar. Künftig müssten Jugendämter schriftlich ihre Zustimmung bestätigen, wenn eine Entlassung vorgesehen sei. In der Stadträtesitzung am 28. Juni würden sie das Verfahren verdeutlichen. Der Notdienst sei das allerletzte Netz zum Schutz vor Obdachlosigkeit von Kindern und Jugendlichen, und der Berlin müsse dies gewährleisten.

Die Presseerklärung der GEW zum Thema sei unterkomplex. Sie habe das Verfahren nicht verstanden und alarmistisch kommuniziert und helfe nicht dabei, den Kolleginnen und Kollegen im BNK und bei den Jugendämtern Orientierung zu geben.

Roman Simon (CDU) will wissen, ob der Senat ausschließen könne, dass Berlin einem Kind oder Jugendlichen benötigte Hilfe versage.

Staatssekretär Falko Liecke (SenBJF) bestätigt, sie müssten dies gewährleisten. Die Jugendämter seien rechtlich zur Unterbringung und zu Absprachen mit Trägern verpflichtet.

SenBJF habe verschiedene Strukturreformen zur Unterstützung des System durchgeführt: eine Rahmenleistungsbeschreibung für stationäre Jugendhilfeangebote, einen höheren Personalschlüssels in den Gruppenangeboten, das Platzausbauprogramm bei den HzE und der Eingliederungshilfe, ein neues Programm bei Pflegekinderhilfen. – SenBJF wolle die Bezirke unterstützen, um in jedem Bezirk eine Einrichtung mit Aufnahmeverpflichtung zu schaffen. Auf dem Sommerfest der Diakonie habe er erste Gespräche dazu geführt, und auch die Trägerlandschaft wolle die Struktur verbessern. SenBJF plane weitere Leistungen.

Franziska Brychey (LINKE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Laut Presseberichten erhöht sich der Einstellungsbedarf bei Lehrkräften zum kommenden Schuljahr auf etwa 5 000 Vollzeitstellen. Von welcher Personallücke – also Vollzeitstellen, die zum kommenden Schuljahr voraussichtlich nicht besetzt werden können – geht der Senat aktuell aus?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) kritisiert die Berichterstattung der letzten Tage als irreführend. Der Bericht zur Schülerprognose und Lehrkräftebedarfsplanung berufe sich immer auf die gleiche Modellberechnung. Laut Bericht verließen in den kommenden Jahren 1 600 Lehrerinnen und Lehrer den Beruf, überwiegend aufgrund von Rente oder Pension. Stand Ende Mai fehlten zum Schuljahr 2024/2025 695 Vollzeiteinheiten. SenBJF sei bewusst, dass Berlin nicht ausschließlich grundständig qualifizierte Lehrerinnen und Lehrer eingestellt habe; die Maßnahmen der letzten zwölf Monate wirkten aber.

Der Bericht beschreibe zudem einen Lehrkräftebedarf von ca. 32 000 Vollzeitäquivalenten. Davon seien 18 000 Vollzeitäquivalente notwendig, um den Rahmenlehrplan abzudecken. Die verbleibenden 14 000 Vollzeitäquivalente seien für strukturelle Maßnahmen nötig.

Franziska Brychey (LINKE) fragt, warum der Senat laut Presseberichten plane, eine Reduzierung der Aufwüchse im Bereich Lehrkräftebildung vorzunehmen. Die HU könne nicht die geplanten Studienplätze zur Verfügung stellen.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) weist darauf hin, dass die Finanzierung der Hochschulplätze bei SenWGP liege. SenBJF habe SenWGP den Bedarf übermittelt.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) äußert, die Senatorin habe auf einer Demonstration vor dem Roten Rathaus Versprechungen zur Finanzierung gemacht.

Vorsitzende Sandra Khalatbari bittet die Abgeordnete darum, ihre Frage zu stellen.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) stellt folgende schriftlich eingereichte Frage ihrer Fraktion:

„Das Wort der Senatorin gilt wohl kaum, angesichts dessen, dass die freien Schulen derzeit nur einen vorläufigen Förderbescheid mit den Zuschusswerten von 2023 vorliegen haben, die Schulzuschussbescheide für 2024 noch nicht bearbeitet wurden und die zugesagten zusätzlichen Mittel in Höhe von 1 % zur Bezuschussung der freien Schulen für dieses Jahr ebenfalls noch nicht beschieden und ausgezahlt wurden – und daher fragen wir, welche konkreten Auswirkungen haben die Sparmaßnahmen des Senates auf die finanzielle Situation der freien Schulen in diesem und im nächsten Jahr?“

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) äußert, sie freue sich, dass den Grünen Schulen in freier Trägerschaft wichtig seien, sodass sie zukünftig zusammenarbeiten könnten.

Die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft könne keinen Sparmaßnahmen unterliegen. Einerseits gebe es die gesetzliche Grundlage der Ersatzschulfinanzierung. Zudem sei die Bezuschussung von 1 Prozent ein Beschluss des Haushaltsgesetzgebers.

Die Durchschnittssätze würden in der nächsten Woche rausgehen. Es werde die Neuerung geben, dass die Durchschläge die bereits stattgefundenen Tarifierhöhungen enthielten. In Zukunft müsse SenBJF die Bescheide an die Schulen eher verschicken, und die Schulen benötigten eine transparente und zuverlässige Zumessung. Dies finde sich im Koalitionsvertrag und den Richtlinien der Regierungspolitik, und SenBJF formuliere derzeit die Vorlagen.

Die Zulage resultiere aus einem bisher nicht gut ausgestatteten und nicht gut gemachten Finanzierungssystem. Die Koalitionsfraktionen hätten beim Haushalt nachgesteuert. SenBJF stimme sich nun mit SenFin ab.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) verweist zum Thema freie Schulen auf das Wahlprogramm ihrer Partei. Auch gemeinsam hätten sich dazu bereits öfter getroffen.

Wie weit seien die Pläne hinsichtlich der Beteiligung freier Schulen an der Fortbildung von Lehrkräften und ihrer Beteiligung beim Thema Inklusion sowie beim Schulbau?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) legt dar, im Zusammenhang mit dem Landesinstitut überlege der Senat, das Fort- und Weiterbildungsangebot auch den Schulen in freier Trägerschaft zugänglich zu machen. Schulen in freier Trägerschaft hätten zudem erstmalig am Berlin-Tag teilnehmen können. Beim Schulbau verhandelten sie derzeit.

Thorsten Weiß (AfD) merkt an, die aufgrund der propalästinensischen Demonstration ursprünglich abgesagte Abiturfeier am Gymnasium Tiergarten solle nun doch stattfinden. Inwieweit habe eine Einflussnahme von SenBJF stattgefunden, und was sei das Ergebnis?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) erklärt, sie hätten mit der Schulleitung und der Schulaufsicht intensive Gespräche geführt, nachdem sie von außen von den

Vorkommnissen erfahren hätten. Ihr sei es wichtig, dass Schülerinnen und Schüler ihre Schullaufbahn würdigend abschließen könnten. SenBJF unterstütze die Schule dabei, den Rahmen, den sie sich mit dem Kollegium gegeben habe, mit SenBJF und der Schulaufsicht einzuhalten. SenBJF habe auch Rücksprache mit dem Bezirk gehalten. Sie freue sich, dass es die Möglichkeit einer feierlichen Übergabe der Abiturzeugnisse geben werde.

Der **Ausschuss** schließt die Aktuelle Viertelstunde ab.

b) Bericht aus der Senatsverwaltung

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) berichtet, am 13. und 14. Juni habe in Völklingen die KMK stattgefunden. Es gebe einen Beschluss, der Stellung zu Ein-Fach-Lehrkräften, Quereinstiegsmasterstudiengängen und zu dualen Studiengängen beziehe – Zugänge zu erweitern sei einer der zentralen Punkte von SenBJF. Auch der Digitalpakt 2.0 sei ein großes Thema gewesen. Die Länder hätten das BMBF zu einer Stellungnahme aufgefordert. Weder inhaltlich noch terminlich sei dies gelungen. Die Länder setzten sich aber weiterhin dafür ein, dass dem Digitalpakt 2.0 im Bundeshaushalt Rechnung getragen werde.

Die KMK sei weiterhin die einzige Fachministerkonferenz, die selbstkritisch erkenne, dass sie nicht schnell genug handele, und sie wolle eine Strukturreform durchführen.

Sie hätten die berufswahlapp eingeführt. Sie löse das analoge Format des Berufswahlpasses ab. Gleichzeitig beinhalte es neben dem Talente Check auch andere Möglichkeiten wie Unterrichtsinhalte und Ergebnisse von Praktika etc.

Der Senat habe in dieser Woche den Bericht zur Schüler- und Lehrerbedarfsplanung erstellt und das gesamtstädtische Fach- und Finanzcontrolling Hilfen zur Erziehung 2023 beschlossen. Es gebe einen Aufwuchs der Mittel beim Projekt zur Stärkung der Berliner Pflegekinderhilfe und für die Zielgruppen von HzE-Maßnahmen.

Am 1. Juli finde eine Auftaktveranstaltung zum Startchancen-Programm statt. Alle 59 Schulen, die SenBJF zum Schuljahr 2024/2025 ausgewählt habe, informierten sie mit den Schulaufsichten und den bezirklichen Trägern über das Programm.

Louis Krüger (GRÜNE) erkundigt sich, ob es einen groben Zeitplan und eine ungefähre Größenordnung zu Ein-Fach-Lehrkräften gebe.

Der Senat habe über die Aussetzung des Profilbedarfs II und die Erhöhung bei den Referendarinnen und Referendaren knapp 500 VZE eingespart, sodass die Lücke bei 1 200 liege, nicht bei 700.

Halte die Senatorin VZE für strukturelle Maßnahmen für verzichtbar?

In der Hauptausschussvorlage 1571 A stehe im Zeitplan zum Landesinstitut, dass im zweiten Quartal 2024 eine erste öffentliche Kommunikation mit Pressebeteiligung erfolgen werde. Komme dies noch im bald endenden zweiten Quartal?

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erkundigt sich zum Stand bei dualen Lehrkräften; wann, wie und mit wem setze SenBJF dies um?

Bei der berufswahlapp habe sie gelesen, dass es sie zunächst nur für Android gebe. Wann komme sie auch für iOS?

Schließe SenBJF aus, Leistungen bei HzE einzuschränken?

Franziska Brychcy (LINKE) lenkt die Aufmerksamkeit darauf, dass das Niveau des Lehrkräftebedarfs auf dem des Vorjahrs liege, wenn sie einberechne, dass Schulen Stellen durch andere Professionen besetzten. Zudem gebe es durch die Kürzungen einen Qualitätsverlust. Der Landesausschuss des pädagogischen Personals habe in seinem Schreiben verdeutlicht, dass viele qualitativ hochwertige Förderangebote wegfielen. Nehme der Senat Anpassungen vor, sodass diese Förderangebote Bestand haben könnten?

Wie viele Kolleginnen und Kollegen hätten gekündigt?

Wie hoch sei die Kofinanzierung des Landes beim Startchancen-Programm, zumal es Kürzungen bei diversen Brennpunktschulprogrammen gebe?

Könne der Senat den Zeitplan beim Landesinstitut einhalten? Gebe es parallel Pläne für ein eigenes Objekt?

Gebe es Pläne zum reformierten Referendariat?

Katrin Seidel (LINKE) merkt an, der Senat habe ein Staatshilfeprogramm für HzE aufgelegt. Wie sei die Antragslage?

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) merkt an, es seien 1 200 Stellen. Wenige Wochen nach ihrer Amtsübernahme seien es 1 500 gewesen.

Die Schulen empfänden Stellenumwandlungen in Richtung multiprofessionelle Teams als Mehrwert und Entlastung bzw. Bedarfssteuerung, nicht als Qualitätsabfall. Es hätten Umwandlungen stattgefunden, aber nicht in der von der Abgeordneten suggerierten Größenordnung. Sie unterstütze die Schulaufsichten dabei, weiter umzuwandeln. Wenn so viele Stellen unbesetzt seien, müssten sie somit nicht mit SenFin über multiprofessionelle Teams als Zusatz zu sprechen, sondern könnten mit dem Stellenpool arbeiten, den es gebe. Die Stellenumwandlung sei aber reversibel, sodass Schulen Lehrer einstellen könnten, sobald sie Personal bekämen.

Sie teile es, Ein-Fach-Lehrkräften einen Rahmen zu geben. Sie freue sich, dass die KMK dem Mangel Rechnung trage und neue Wege eröffne. Bei Ein-Fach-Lehrern werde es zum Schuljahr 2025/2026 neue Möglichkeiten geben, zur Anzahl habe sie keine Informationen.

Beim dualen Lehrerstudium seien auch SenWGP und die Universitäten beteiligt. Die Wege seien somit komplexer und länger.

Strukturelle Maßnahmen seien nicht verzichtbar. Die 14 000 Stunden unterlägen aber einer pauschalen allgemeinen Verteilung. Das Land könne 800 Schulen nicht pauschal berücksichtigen, denn es gebe sehr unterschiedliche Bedarfe. Sie müssten begrenzte Ressourcen so steuern, dass sie den Bedürfnissen vor Ort Rechnung trügen und mehr Transparenz und Gerechtigkeit schaffen könnten. Sie gingen in den nächsten Wochen und Monaten mit Schulaufsichten und Schulleitungsverbänden in den Austausch. Nach dem Schulleitungsschreiben sei klar geworden, dass der Profilverbrauch II nicht dafür in Verwendung sei, was in der Zumessung stehe; er sei nie für sonderpädagogische Förderung und Kleingruppen vorgesehen gewesen.

Beim Landesinstitut gebe es Verzögerungen aufgrund der Verhandlung mit dem Hauptausschuss und SenFin. Sie würden aber wie geplant Januar 2025 starten. Der Vertrag mit dem LISUM und dem ISQ sei zum 31. Dezember 2024 gekündigt. Bei der Ausbildung der Referendare werde es keine Änderungen zum Schuljahr 2024/2025 geben.

Kerstin Stappenbeck (SenBJF) betont, dass es sich bei den HzE um einklagbare Rechtsansprüche handele, die Berlin aufgrund eines Bundesgesetzes gewähre. Die einzige Änderung, die in Vorbereitung sei, sei die inklusive Lösung.

Es habe eine Senatsvorlage gegeben, deren Hintergrund eine Hauptausschussvorlage sei, in der SenBJF dem Hauptausschuss regelmäßig über das sogenannte Fach- und Finanzcontrolling der HzE berichte. Darin gingen sie auf Ausgaben, Mengen und Verbesserung der Rahmenbedingungen in Jugendämtern ein. Im Rahmen dieser Vorlage seien sie auf das geschaffene Platzausbauprogramm, das Flexibudget und dessen Wirkung, um gar nicht erst HzE entstehen zu lassen, das Projekt Wirkungsorientierung der HzE und auf die Situation der Jugendsozialarbeit und der unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten eingegangen. Beim Platzausbauprogramm gebe es derzeit sieben Anträge, was zu wenig sei, da der Senat 5 Mio. Euro bereitstelle.

Mirko Salchow (SenBJF) stellt klar, dass die berufswahlapp eine browserbasierte Anwendung sei, die als solche betriebssystemunabhängig nutzbar sei.

Thomas Duveneck (SenBJF) fasst zusammen, die KMK habe mit dem Beschluss vom 13. Juni Ein-Fach-Lehrkräfte und das duale Lehramtsstudium eröffnet. Partner für SenBJF seien neben SenWGP die Universitäten. Derzeit stimme SenBJF mit den Universitäten ab, in welchen Fächern sie Ein-Fach-Lehrkräfte haben wollten. Der KMK-Beschluss lasse Ein-Fach-Lehrkräfte in allen Lehrämtern mit Ausnahme der Grundschule zu.

Auch beim dualen Studium arbeiteten sie mit den Universitäten zusammen. Sie konzentrierten sich auf den Master. Beginnen wollten sie im Wintersemester 2025/2026.

Franziska Brychcy (LINKE) betont, sie habe sich nicht gegen Umwandlung ausgesprochen. Ihre Kritik sei, dass die VZE der umgewandelten Lehrkräftestellen, von Profilverbrauch II und der Referendarinnen und Referendaren, die mehr unterrichten müssten, nicht einberechnet seien. Insgesamt gebe es somit ein Lehrkräftefehl von 1 500 VZE. Man könne nur Zahlen mit denselben qualitativen Standards wie in Vorjahren vergleichen; wenn laut Senat nur 695 Lehrkräfte fehlten, rechne der Senat aber mit anderen Zahlen als im Vorjahr. Sie stelle nicht die Umwandlung in andere Professionen in Frage, wenn Schulen keine Lehrkräfte fänden.

Marianne Burkert-Eulitz (GRÜNE) erkundigt sich, ob beim dualen Studium das Referendariat entfalle. Wie sehe zudem die Eingruppierung aus?

Louis Krüger (GRÜNE) erkundigt sich, wie die Anzahl der Unterrichtsstunden von Referendarinnen und Referendaren ausgestaltet sei.

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) teilt die Ansicht der Abgeordneten Brychcy zu den Umwandlungen nicht. Von 32 000 VZE seien 18 000 VZE zum Unterrichten nötig. Der Rest sei eine strukturelle Zumessung. Die Kolleginnen und Kollegen aus der Umwandlung übernehmen Aufgaben, die zuvor Pädagoginnen und Pädagogen übernommen hätten. Viele Schulen empfänden dies als Mehrwert, die Stundentafel sei abgedeckt, und sie seien bei Fördermaßnahmen flexibler geworden. Dennoch brauche Berlin zusätzliche Lehrer.

Sie habe mit Vertretern der Gewerkschaft und der Referendarsvertretung gesprochen. Viele der Referendare arbeiteten bereits zehn Stunden, sodass sie der Realität Rechnung trügen. Selbst mit zehn Stunden sei Berlin im Bundesvergleich weit unten. In den übrigen Bundesländern liege die Anzahl bei 12 bis 14 Stunden. Es stehe einem Schulleitungskollegium weiterhin frei, Referendare mit 7 oder 10 Stunden einzusetzen.

Thomas Duveneck (SenBJF) erklärt, die KMK-Rahmenvorgabe verlange auch bei dualen Modellen einen zwölfmonatigen Vorbereitungsdienst. Die Eingruppierung der unterschiedlichen Lehrkräfte würden sie im Prozess klären.

Der **Ausschuss** schließt Punkt 1 b der Tagesordnung ab.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/1746

[0258](#)
BildJugFam

**Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes,
des Lehrkräftebildungsgesetzes und der
Bildungslaufbahnverordnung**

– Vorabüberweisung –

Senatorin Katharina Günther-Wünsch (SenBJF) begrüßt, dass es für Kolleginnen und Kollegen, die Jahrzehnte darauf gewartet hätten, Möglichkeiten der Anpassung und Weiterentwicklung geben werde.

Der **Ausschuss** empfiehlt dem Plenum die Annahme der Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1746. Dringlichkeit wird beschlossen.

Punkt 3 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0253](#)
Einführung und Ausgestaltung des 11. Pflichtschuljahres im Sinne eines Berufs-Chancenjahres
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD) BildJugFam
- b) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0244](#)
Drucksache 19/1628 BildJugFam(f)
Gelungende Berufsorientierung: Perspektivenjahr statt Pflichtschuljahr! ArbSoz
- c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD [0251](#)
Drucksache 19/1663 BildJugFam(f)
11. Pflichtschuljahr – durchdacht und langfristig angelegt im Sinne eines Berufs-Chancenjahres einführen! ArbSoz

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.06.2024

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ohne Aussprache ab. Er beschließt, dem Plenum die Ablehnung des Antrags Drucksache 19/1628 zu empfehlen. Er beschließt, dem Plenum die Annahme des Antrags Drucksache 19/1663 zu empfehlen; Dringlichkeit wird beschlossen.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0254](#)
Volkshochschulen in Berlin: Perspektiven der VHS-Dozent*innen nach dem Herrenberg-Urteil BildJugFam
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

Tonka Wojahn (GRÜNE) führt aus, die Unsicherheit bei Musikschullehrerinnen, VHS-Dozentinnen und Bezirken wachse seit dem Urteil von 2020. Es gebe Schreiben von den Vertretungen der VHS-Dozentinnen und von Verdi. Zudem hätten Demonstrationen stattgefunden. Der Senat müsse weiterhin Lösungsansätze erarbeiten. Ihre Fraktion habe 2023 und 2024 in zwei schriftlichen Anfragen versucht, nähere Informationen zu erhalten und wolle nun die Erwartungen und die konkrete Ausarbeitung des vom Senat angekündigten Drei-Säulen-Modells diskutieren.

Franziska Brychey (LINKE) will wissen, was die Ergebnisse des Gesprächs zwischen Senat und Deutscher Rentenversicherung – DRV – vom gestrigen Tag seien.

Wie sehe der weitere Prozess bei der freiwilligen Inflationsausgleichszahlung aus?

Unterstütze der Senat Dozierende wie angekündigt bei eventuellen Nachforderungen, und wolle er die Haftungen von VHS-Leitungen vermeiden?

Bestehe bei VHS-Dozierenden, die sich an die DRV gewandt hätten, die sie wiederum als abhängig beschäftigt eingestuft habe, weiterhin die Möglichkeit von Honorarverträgen?

Dr. Maja Lasić (SPD) bittet um einen Sachstand zum Stand der Bezirke und dazu, in welchen Fällen reguläre Honorarverträge möglich seien und welche offenen Fragen es gebe.

Sven Meyer (SPD) fragt, ob Bezirke unterschiedliche Wege oder gleiche gingen. Dozentinnen, aber auch Bürgerinnen und Bürger in Bezirken müssten mittelfristig Sicherheit haben.

Dr. Ulrich Raiser (SenBJF) informiert, das Gespräch mit der DRV finde am morgigen Tag statt. Die Abteilungsleitungen Dr. Matlok und Herr Ritter würden mit Staatssekretär Dr. Kühne sprechen. Auch die Arbeitsebene und Staatssekretärin Wedl-Wilson seien beteiligt. Zudem werde eine Amtsleiterin aus dem Bezirk Steglitz-Zehlendorf aus der Praxis berichten.

Sie arbeiteten das Drei-Säulen-Konzept für Berlin aus. Eine Säule sei die Festanstellung. Andere, auch große, deutsche Kommunen stiegen bereits ein, insbesondere mit Blick auf Integrationslehrkräfte und Lehrkräfte, die Schulabschlussangebote machten.

Die zweite Säule seien die festen Freien; dies orientiere sich am Instrument des Rundfunks. Dabei handele es sich um sozialversicherungspflichtige freiberufliche Lehrkräfte. In Deutschland gebe es das bisher nicht. Leipzig habe es rechtlich geprüft und erwäge, diesen Weg zu gehen. VHS beruhe auf Freiberuflichkeit, und es widerspreche der Idee der VHS, das Konzept gänzlich aufzugeben. Somit wollten sie einen Anteil an Freiberuflichkeit erhalten bei denjenigen mit einem hohen Anteil an Stundendeputaten im Sinne einer sozialversicherungspflichtigen Freiberuflichkeit. Das Land Berlin führe dann direkt Sozialversicherungsbeiträge an die DRV und andere Sozialversicherungsträger ab.

Die dritte Säule seien freie Freie. Derzeit gingen sie davon aus, dass sie freie Freie nach dem Herrenberg-Urteil erhalten könnten und dass die momentan unterzeichneten Honorarverträge rechtssicher seien.

Haftungsfreistellung könnten nur die Bezirksamter aussprechen. In nahezu jedem Bezirk gebe es Bezirksamtsbeschlüsse, der Mitarbeitende freistelle. Derzeit unterzeichneten nach Kenntnis des Senats fast alle Bezirke – bei einem Bezirk sei er sich nicht sicher – Honorarverträge. Teilweise unterzeichneten Bezirke Honorarverträge mit BA-Beschlüssen, die nur drei Monate dauerten. Diese Zeit werde nicht ausreichen, um das Konzept auszuarbeiten und umzusetzen.

Das Problem sei mittlerweile überall angekommen. Das BMA habe vor einer Woche auf hochrangiger Ebene ein Gespräch mit den betroffenen Verbänden und der DRV Bund geführt. Die Ergebnissicherung liege dem Senat vor. Darin sei von einem Stillhalteabkommen bis Oktober 2024 die Rede. Die DRV stelle Statusprüfungen zunächst zurück und erhebe keine Rückforderungen. Im Oktober wollten sie weitersprechen, da ein Moratorium länger dauern müsse, um zu rechtssicheren Konstruktionen zu kommen. Morgen wolle der Senat von der DRV Bund fordern, den Zeitraum des Moratoriums bis weit ins Jahr 2025 auszuweiten. Die

Alternative sei, Zehntausende Honorarverträge für eine Statusprüfung an die DRV zuzustellen, was nicht in ihrem Interesse sei.

Dr. Maja Lasić (SPD) begrüßt, dass es über den Sommer hinaus Honorarverträge gebe.

Die Debatte um Festanstellungen vs. feste Freie sei älter als das Herrenberg-Urteil. In der Vergangenheit habe die rot-rot-grüne Regierung die Stärkung via AV Honorare in den Fokus genommen. Es habe die Herausforderung gegeben, dass Berlin bei festen Freien nicht ohne die Tarifgemeinschaft handlungsfähig sei. Habe sich daran etwas geändert?

Welche Auswirkungen werde der Umgang mit festen Freien auf die AV Honorare haben, die bisher uniform für alle Honorarbeschäftigten gelte?

Gebe es jenseits der Musikschullehrkräfte und VHS-Dozentinnen weitere Gruppen, die das Herrenberg-Urteil betreffe? Habe sich der Senat damit auseinandergesetzt, ob Zuwendungsempfängerinnen und -empfänger das Herrenberg-Urteil ebenfalls umsetzen müssten?

Louis Krüger (GRÜNE) fragt, ob der Senat die AV Honorare aussetzen werde, um die Schwierigkeiten für eine Zeit zu umgehen.

Sei für die VHS ein Stufenplan vorgesehen, wie ihn auch der Kulturausschuss bzgl. Musikschullehrkräfte diskutiere? Wenn ja, wie sehe das aus?

Bundesländer handhabten feste Freie sehr unterschiedlich. Wolle Berlin sich am rbb oder an Medienanstalten anderer Bundesländer orientieren?

Gebe es für den Lette Verein eine Lösung?

Habe der Senat Kenntnis davon, dass bestimmte Honorarkräfte Zusatzleistungen erhalten hätten, die ihre Situation hätten verbessern sollen, aber nun dazu führten, dass sie weniger als Honorarkräfte gesehen würden? Gebe es Überlegungen, Zusatzleistungen zurückzunehmen?

Tonka Wojahn (GRÜNE) fragt, ob die Inflationsausgleichszahlungen und Erhöhungen des TV-L um 5,5 Prozent vom Dezember für Kursleitende gesichert oder mit den Folgen des Urteils ausgesetzt sei.

Wie könne der Senat prekären Verhältnissen bei freien Freien entgegenreten?

Dr. Ulrich Raiser (SenBJF) äußert, es sei möglich, Freiberufler ohne Tarifvertrag sozialversicherungspflichtig zu beschäftigen. Es habe die Forderung der Gewerkschaft nach einem Tarifvertrag gegeben, aber ihm sei nicht bekannt, ob sie diese weiterhin erhebe. Weil die TdL es ablehne, wolle der Senat davon absehen, einen Tarifvertrag abzuschließen.

Die AV Honorare sei gültig, und der Senat setze sie weiterhin um. Vor einigen Jahren sei ein Rahmenvertrag für VHS-Lehrkräfte Bestandteil von Gesprächen mit Verdi gewesen, ähnlich zu Musikschulen. Dieser Rahmenvertrag regelt weder die Höhe noch habe er unmittelbar Auswirkungen auf Einkünfte und Sozialleistungen von Dozierenden. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Debatte setze der Senat den Rahmenvertrag nicht in Kraft. Verdi habe dies

akzeptiert, da es in der derzeitigen Situation nicht zielführend wäre, einen Rahmenvertrag einzuführen. Die DRV habe die Berliner VHS zudem nicht aufgrund der AV Honorare in den Blick genommen. Von den 13 Kriterien des BSG sei ein Kriterium – das in der AV Honorare festgelegte Ausfallhonorar – wirksam in Hinblick auf abhängige Beschäftigung. Die übrigen beständen unabhängig von der AV Honorare fort.

Der Senat wolle sich am Modell des rbb orientieren und werde Gespräche mit ihm führen.

Eine Tarifierpassung wirke sich immer im Folgejahr auf die Honorare der VHS-Dozierenden aus, so auch dieses Mal. Wenn im November 2024 eine Tarifierpassung komme, werde sie für Honorare am 1. August 2025 wirksam.

Die Inflationsausgleichsprämie prüfe der Senat derzeit.

Zum Lette Verein habe er keine Auskünfte. Er würde es begrüßen, wenn sich Verantwortliche der Ressorts ähnlich stark mit dem Thema beschäftigen würden, wie es SenBJF und SenKultGZ bei VHS und Musikschulen täten.

Berlin habe die mit Abstand höchsten Honorare für VHS-Dozierende in ganz Deutschland, auch deutlich höher als in Brandenburg. Bei denjenigen, die nicht arbeitnehmerähnlich tätig seien, gehe SenBJF davon aus, dass sie noch andere Einkommensquellen hätten; ansonsten wären sie arbeitnehmerähnlich tätig.

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt fest, dass die Besprechung damit abgeschlossen sei.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0224](#)
BildJugFam
**Aktuelle Situation der Kita-Eigenbetriebe:
pädagogische Arbeit, Arbeitsbedingungen der
Beschäftigten und Perspektive**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0259](#)
BildJugFam
**Aktuelle Situation der Kita-Eigenbetriebe aus Sicht
der Elterninitiative „Einhorn sucht Bildung“**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 6 der Tagesordnung

- a) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1666
Pflegekinder und ihre Familien stärken
[0250](#)
BildJugFam
BuEuMe(f)
- b) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1066
**Zum Wohle besonders benachteiligter Kinder –
Pauschalen für den Lebensunterhalt für
Pflegekinder erhöhen und die Arbeit von
Pflegeeltern wertschätzen**
[0183](#)
BildJugFam
Haupt
- c) Antrag der AfD-Fraktion
Drucksache 19/1288
**Zum Wohle der Kinder und zur Entlastung von
Pflegeeltern und Jugendämtern: örtliche
Zuständigkeit der Jugendämter an den Wohnorten
der Pflegeeltern ausrichten**
[0217](#)
BildJugFam

Vorsitzende Sandra Khalatbari stellt fest, dass die antragstellenden Fraktionen jeweils auf eine Begründung verzichteten. Auch der Senat sehe von einer Stellungnahme ab.

Der **Ausschuss** beschließt, dem federführenden Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien die Annahme des Antrags Drucksache 19/1666 empfehlen.

Thorsten Weiß (AfD) bittet auf Befragen durch die Vorsitzende darum, dass das Berichtsdatum im Antrag Drucksache 19/1066 in „31. Dezember 2024“ geändert werde. – Der **Ausschuss** entspricht diesem Ansinnen.

Zu Punkt 6 b beschließt der **Ausschuss** ohne Beratung, dass dem Hauptausschuss die Ablehnung der Drucksache 19/1066 – auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum – empfohlen werde.

Thorsten Weiß (AfD) bittet auf Befragen durch die Vorsitzende darum, dass das Berichtsdatum im Antrag Drucksache 19/1288 in „31. Dezember 2024“ geändert werde. – Der **Ausschuss** entspricht diesem Ansinnen.

Zu Punkt 6 c beschließt der **Ausschuss** ohne Beratung, dass dem Plenum die Ablehnung der Drucksache 19/1288 – auch mit dem zuvor geänderten Berichtsdatum – empfohlen werde.

Punkt 7 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Bericht über Kindertagesstättenentwicklungsplan:

Umsetzung des

Kindertagesstättenausbauprogramms,

Bedarfsentwicklung und Fachkräfteausstattung in

Kitas (RN 1092 B)

(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0209](#)

BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 09.11.2023

Vertagt.

Punkt 8 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.